

Richter zweifeln an Banzers Personalpolitik

„Nicht einmal im Ansatz gerechtfertigt“: Stellenbesetzung an Verwaltungsgerichten stößt intern auf Kritik

Von
Christoph Cuntz

WIESBADEN Seit einem Jahr ist die Stelle des Vizepräsidenten am Verwaltungsgericht Gießen vakant. Aber erst seit wenigen Tagen ist klar, dass es keinen Widerstand gegen die Wunschkandidatin von Justizminister Jürgen Banzer (CDU) geben wird: Der Posten wird wohl mit Christiane Loizides besetzt, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht in Frankfurt und dort Mitglied des CDU-Stadtverbandes.

Die Personalie Loizides hat unter Verwaltungsrichtern schon seit einiger Zeit für Unruhe gesorgt. Zum einen, weil Banzer dafür gesorgt haben soll, dass der einzige ernst zu nehmende Gegenkandidat seine Bewerbung zurückzog. Der Richter arbeitet derzeit in Gießen, wohnt aber im Rheingau-Taunus – das Ministerium soll ihm den Rückzug im Bewerbungsverfahren damit schmackhaft gemacht haben,

dass er die unbesetzte Stelle eines Vorsitzenden Richters in Wiesbaden erhält und dann kürzer pendeln muss.

Doch beim Bezirksrichterrat am Hessischen Verwaltungsgerichtshof stößt die Neubesetzung dieser Stelle auf massive Kritik. Die Ausschreibung könne „rational nicht begründet werden“, sie sei „nicht einmal im Ansatz gerechtfertigt“, heißt es in einem Schreiben an das Ministerium. Das Wiesbadener Gericht sei von allen hessischen Verwaltungsgerichten „am wenigsten belastet“. Es bestehe der „Verdacht, dass bei der Auswahlentscheidung nicht nur sachgerechte Kriterien eine Rolle spielen“.

Zu diesem Verdacht gesellt sich die Furcht einiger Richter, die Personalie Loizides könne nur Mosaiksteinchen in einem größeren Stellenbesetzungsmuster sein, das sich am Ende zum Bild einer regierungstreuen Verwaltungsgerichtsbarkeit formen soll. Schließlich hatte erst im November ein Urteil



Bald Gerichtspräsidentin in Darmstadt? Die Ex-OB-Kandidatin in Offenbach, Karin Wolski. Foto: dpa

des Gießener Verwaltungsgerichts für Schlagzeilen gesorgt, das Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit von Studiengebühren streute.

Die Verwaltungsgerichte auf Kurs bringen: Nach dieser Lesart ist die nächste Personalie

bereits in Vorbereitung. So geht Ende Februar der Präsident des Verwaltungsgerichtes Darmstadt, Richard Urban, in Ruhestand. Den Posten hat das Justizministerium in diesen Tagen ausgeschrieben. Und auch diesmal hat Minister Banzer eine Wunschkandidatin: Karin Wolski, Richterin am Staatsgerichtshof in Wiesbaden und derzeit Stellvertreterin Urbans in Darmstadt. Auch sie ist Mitglied der CDU. Für ihre Partei hatte sie Anfang 2005 sogar Oberbürgermeisterin von Offenbach werden wollen. Doch war ihre Kandidatur gescheitert, als bekannt wurde, dass die Staatsanwaltschaft Frankfurt gegen ihren Mann ermittelt. Der Vorwurf: Er soll Gelder eines zu Lebzeiten schwerreichen und inzwischen verstorbenen Geschäftsmanns veruntreut haben.

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat ihr Ermittlungsverfahren zwischenzeitlich eingestellt. „Weil die zu erwartende Strafe im Hinblick auf

ein Steuerstrafverfahren, das die Staatsanwaltschaft Darmstadt gegen ihn führt, nicht ins Gewicht fällt“, so die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Doris Möller-Scheu.

Im Kern geht es in Darmstadt um die gleiche Geschichte wie in Frankfurt. Nur, dass die Ermittler nicht von Untreue ausgehen, sondern davon, dass sich Wolskis Mann hohe Summen und Vermögenswerte von jenem inzwischen verstorbenen Geschäftsmann schenken ließ – und nicht versteuerte.

Gegen Karin Wolski wurde in diesem Zusammenhang nie ermittelt. „Es gab keine Veranlassung“, sagt Ger Neuber, Sprecher der Staatsanwaltschaft Darmstadt. Dabei hat auch die Richterin in hohem Maße von den Schenkungen profitiert: Am prominentesten war ein Ferrari Maranello, den sie mit Frankfurter Kennzeichen fuhr, obwohl sie im Landkreis Offenbach wohnte und in Offenbach Rathauschefin werden wollte.